

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1881**

26.5.1881 (No. 125)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 26. Mai.

№ 125.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Einkaufsgebühren: die gepaltene Petitione oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1881.

Des Christi-Himmelfahrtsfestes wegen erscheint unser nächstes Blatt am Freitag Abend.

## Deutschland.

Karlsruhe, 15. Mai. Seine königliche Hoheit der Großherzog haben am heutigen Audienztag u. A. die nachbenannten Herren von Militär- und Civilstande empfangen: den Oberstlieutenant v. Koeller, Kommandeur des Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm IV. (1. Pommersches) Nr. 2; den Major v. Rosenberg à la suite des 2. Hannover'schen Dragoner-Regiments Nr. 16; den Major Schulz vom Kriegsministerium; den Hauptmann v. Kleist vom Generalstab des 14. Armee-corps; den Premierlieutenant Hoffmann vom 1. Badi'schen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109; den Premierlieutenant und Regimentsadjutanten Vertram vom 2. Badi'schen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 30; den Secondelieutenant v. Friedeburg vom 1. Badi'schen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14; den Secondelieutenant der Reserve Bierordt von demselben Regiment; den Garnisonsauditeur Wolf von Kastatt.

Ferner: den Kammerherrn und Oberstlieutenant a. D. Frhrn. v. Rothberg; den Seminarlehrer Dr. Oster von Ettlingen; den Landgerichtsdirektor Schäfer von Waldshut; den Staatsanwalt Zehner von Mosbach; den Staatsanwalt Nibel von Mannheim; die Professoren Söllner von Pforzheim und Lesfer von Heidelberg; den Kammerjunker Graf v. Helmstatt von Freiburg; den Hauptamtskontrolleur Harrer von Baden; den pensionirten Hauptlehrer Lang von Haueneberstein; den Hauptmann a. D. Köhlein, Strafanstalts-Vorstand von Bruchsal; den Forststrath von Haußen, den Ministerialrath Zoos, den Kammerherrn und Oberstaatsanwalt Frhrn. v. Neubronn, den Hofjunker und Ministerialassessor v. Jagemann, den Postsekretär Schöndhaler, den Maler Schneider und endlich eine Deputation der 24. Lehrerverammlung, bestehend aus den Herren Rektor Specht, Stadtrath Bielefeld, Stadtrath Bösch, Direktor Firmhaber, Direktor Köhlein und Fabrikant Kuh, sämmtlich von hier.

Die Audienz währte bis 1/5 Uhr Nachmittags.  
Berlin, 24. Mai. Der gestern Abend auf fünf Jahre abgeschlossene schweizerische Handelsvertrag tritt kommenden 1. Juli in Kraft. Erfolgt vor dem Ablaufe keine rechtzeitige Kündigung, so bleibt der Vertrag noch für ein Jahr in Geltung. Der gestern Mittag für sechs Jahre abgeschlossene österreichische Handelsvertrag soll eine frühere Kündigung nach einigen Jahren zulassen.

In der gestern Nachmittags 1/4 Uhr abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrathes theilte der Vorsitzende, Staatsminister v. Witticher, zunächst die vom Präsidenten des Reichstages übergebenen Beschlüsse des Reichstages in Bezug auf den Entwurf eines Gesetzes wegen Bestimmung der zum Militärdienst nicht herangezogenen Wehrpflichtigen, zu dem Entwurf eines Gesetzes wegen Bezeichnung des Raumhaltes der Gefäße, in welchen Flüssigkeiten zum Verkauf kommen, mit. Der erstere Entwurf wurde, da vom Reichstag nicht angenommen, zu den Akten gelegt, der zweite Gesetzesentwurf wurde dem zuständigen Ausschusse überwiesen. Die dem Reichstage übergebene Petition wegen Beförderung aus Anlaß von Artillerie-Schießübungen wurde ebenso wie diejenige wegen des

Schutzes nützlicher Vögel dem Reichskanzler zur weiteren Veranlassung überwiesen. Der Antrag Sachsens wegen Abänderung des Zolltarifs wurde, nachdem denselben die Ausschüsse III. und IV. heute vorherberathen hatten, auf Grund des mündlich erstatteten Berichts im Sinne des Ausschusses erledigt. Hierauf berichtete der III. Ausschuss über die künftige Behandlung der Denaturirung von Salz durch Karbolsäure. Zu Nr. 4 der Tagesordnung bezuglich der Abänderung der Statuten der städtischen Bank zu Berlin erstattete der IV. Ausschuss mündlichen Bericht. Es handelt sich um die Erweiterung der Depositionspflicht. — Am Schluß der Sitzung erstattete der VI. Ausschuss mündlichen Bericht über eine Eingabe des Vorstandes der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer, betreffend die Genossenschaften mit beschränkter Haftung, wobei die im Reichstage gepflogenen Verhandlungen über diesen Gegenstand in Erwähnung gelangten.

Die Abgeordneten Gernig und Genossen haben zu dem Antrage Varnbüler folgenden Abänderungsantrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: unter Ablehnung des Antrages Frhrn. v. Varnbüler und Genossen den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das Gesetz vom 6. Juni 1870 über den Unterstützungswohnsitz in dem Sinne einer Revision unterziehen zu wollen, daß 1) der Unterstützungswohnsitz durch einen dreijährigen Aufenthalt erworben wird, 2) der Verlust des Unterstützungswohnsitzes tritt ein durch die auf Grund der Nr. 1 erfolgten Erwerbung eines andern Unterstützungswohnsitzes, und wenn ein solcher nicht erfolgt ist, durch eine „fünfjährige“ Abwesenheit.

Die bevorstehenden handelspolitischen Verhandlungen zwischen England und Frankreich haben auch ein besonderes Interesse für Deutschland, insofern der neue französische Generaltarif auch uns treffen würde. Einige Artikel desselben sind um 50 Proz. erhöht und die Folgen der Umwandlung der Werthskalle in sog. spezifische lassen sich noch gar nicht berechnen. Kommt es dagegen zu einem Handelsvertrage zwischen England und Frankreich, so wird auch Deutschland der Vortheile theilhaftig, welche derselbe England gewährt.

Die Gerichtsferien beginnen im ganzen Reichsgebiete am 15. Juli und schließen nach zwei Monaten, so daß die ordentliche Thätigkeit am 15. September — nach einigen Lesarten und Gepflogenheiten erst am 16. September — wieder aufgenommen wird. In den Ferien werden nur Ferienakten erledigt, als welche gelten: Straf-, Haft- und die eine einstweilige Verfügung betreffenden Sachen, Maß- und Markttagen, Streitigkeiten zwischen Vermietern und Mietnern von Wohnungs- und andern Räumen, wegen deren Ueberlassung, Benutzung und Räumung, so wie wegen Zurückbehaltung der vom Mietner in die Miethsräume eingebrachten Sachen, Wechsel- und Baufachen, wenn über Fortsetzung eines angefangenen Baues gestritten wird. Das Gericht kann auf Antrag auch andere Sachen, soweit sie besonderer Beschleunigung bedürfen, als Ferienakten bezeichnen, desgleichen unter einer bestimmten Maßgabe auch der Vorstehende. Auf das Mahn-, Zwangsvollstreckungs- und Konkursverfahren haben die Ferien keinen Einfluß.

Berlin, 24. Mai. Reichstag.

In der heutigen 48. Sitzung, welcher mehrere Bevollmächtigte zum Bundesrath und Kommissarien desselben beiwohnten, genehmigte das Haus zunächst in zweiter Berathung die Allgemeine Rechnung über den Haushalt des Deutschen

Reichs für die Rechnungsperiode vom 1. Januar 1876 bis 31. März 1877 auf Grund des Berichts der Rechnungskommission und erklärte sodann das Mandat des Abgeordneten für den 4. Wahlkreis des Königreichs Württemberg, v. Knapp, in Folge der Ernennung desselben zum Ministerialrath, in Uebereinstimmung mit dem Antrage der Geschäftsordnungs-Kommission, nicht für erloschen.

Es folgte die dritte Berathung der am 31. März 1880 zu Beijing abgeschlossenen Zusatzkonvention zu dem deutsch-chinesischen Freundschafts-, Schiffahrts- und Handelsvertrage vom 2. September 1861. In der Generaldiskussion empfahl der Abg. Schultow die Annahme der Vorlage. Er konstatarie mit Freuden, welche Fortschritte die vertragsmäßigen Beziehungen zwischen Deutschland und China in der letzten Zeit gemacht hätten, und sprach die Hoffnung aus, daß die Zukunft noch günstigere Resultate zeitigen werde. Redner bemängelte die Angabe der Denkschrift, daß ein Rückgang in dem Handel mit China eingetreten sei, und meinte, daß die darin enthaltenen statistischen Angaben ungenau seien. Mit einer Subventionirung einer deutsch-chinesischen Dampferlinie könne er sich nicht einverstanden erklären, wennalich ihm eine bloße Postsubvention unbedenklich erschiene. Der Abg. Mosle führte aus, daß eine Postsubvention mit jeder andern staatlichen Subvention gleichwerthig sei, und glaubte den Gedanken einer allgemeinen Subventionirung im Interesse des Handels nicht unbedingt von der Hand weisen zu sollen. Der Abg. Dr. Delbrück erklärte, daß, wenn ein Rückgang in dem Handel mit China bemerkbar geworden sei, derselbe doch nur scheinbar sei, da häufig Schiffe, die chinesisches Eigenthum gewesen, unter fremder Flagge gefahren seien. Außerdem habe die Statistik der Denkschrift den Küsten- und Flußverkehr von der großen Seefahrt nicht getrennt, wodurch namentlich die Zahl der englischen Schiffe eine so große geworden sei.

Der Bundeskommissar, Geh. Legationsrath v. Kuffenow, hielt die an der Denkschrift gemachten Ausstellungen für unbedeutend; das Gesamtergebnisse lasse einen Rückgang des Handels als zweifellos erscheinen. Eine Beschönigung der Handelsverhältnisse würde geeignet sein, lähmend auf die Initiative der Beteiligten zu wirken. Der Abg. Dr. v. Bunsen wünschte eine eingehendere Statistik, als die Denkschrift sie biete, und befürwortete die Vereinbarung einer auf den Schutz der Juden in China gerichteten Bestimmung. Der Abg. Möhring suchte nachzuweisen, daß ein Rückgang in so erheblichem Maße, wie die Denkschrift meine, keineswegs eingetreten sei, und erklärte sich gegen eine Postsubvention. In der Spezialdiskussion wurde die Konvention ohne Debatte unverändert genehmigt, worauf die Annahme im Ganzen erfolgte.

Das Haus geht nunmehr zur ersten Lesung des Gesetzesentwurfs betreffend die Feststellung eines Nachtragsetats zum Reichshaushalts-Etat für 1881/82 über. Eine Generaldiskussion findet nicht statt; in einer längeren geschäftlichen Diskussion über die Frage, ob das Haus sofort in die zweite Berathung der Vorlage eintreten soll, stellt Abg. v. Bennigsen den Antrag, die den Volkswirtschafts-Rath betreffenden Titel event. die ganze Vorlage einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen, zieht aber den Antrag mit dem Vorbehalte, darauf zurückzukommen, zurück, nachdem Richter-Hagen geltend gemacht, daß zunächst in eine Generaldiskussion über die einzelnen Positionen, in erster Linie über den Volkswirtschafts-Rath, eingetreten werden müsse, damit den einzelnen Parteien Gelegenheit gegeben werde, Stellung zu der Institution zu nehmen, eventuell eine Direktive für eine etwaige Kommission aufzustellen.

Die Diskussion über den Volkswirtschafts-Rath, für welchen der Etat die Summe von 84,000 Mark verlangt, eröffnet der Abg. Sonnemann. Derselbe erklärt es für eine starke Zustimmung für den diätenlosen Reichstag, für die Mitglieder des Volkswirtschafts-Raths, die doch bekanntlich vorzugsweise aus Vertretern der Großindustrie beständen, Diäten zu bewilligen. Obgleich man so sehr über die Ueberfüllung mit Parlamentarismus

## 43) Eine schöne Frau.\* Aus dem Englischen des Leon Brock. (Fortsetzung.)

„Mama,“ rief eine Stimme, und plötzlich sah ich den kleinen Konrad erhit und aufgeregert neben mir stehen. „Mama! Ich möchte eine große Jagdweitsche haben.“  
„Wozu, Konrad?“ fragte ich, meine Hand auf seine hohe Stirn legend.  
„Weil der alte Nep nicht mit mir spielen will,“ versetzte er in zorniger Hast. „Ich will ihn schlagen.“  
„Armes altes Thier!“ entgegnete ich; „er ist müde, Konie. Du darfst ihn nicht strafen, weil er nicht mit dir spielen will.“  
„Aber ich thue es doch,“ beharrte das Kind. „Wenn es ihm auch noch so wehe thut, wenn er nur mit mir spielt.“  
Mein Herz bebt, als ich die Worte des Kindes vernahm; mein eigener verhängnisvoller Fehler hatte sich auf ihn vererbt.  
„Du bist ein böser Knabe, Konie,“ sagte ich streng, „ein sehr böser Knabe. Du darfst nun gar nicht mehr mit Nep spielen.“  
„Ich geh' zu Papa und sag' ihm, wie unfreundlich du bist,“ meinte das Kind.  
„Du kannst Papa nichts sagen,“ versetzte ich traurig; „er ist jetzt sehr krank.“  
Des Kindes Augen füllten sich mit Thränen.  
„O Mama!“ sagte er, als er dicht zu mir herantkam und sein Gesicht in die Falten meines Kleides barg; „ich wollte nicht böse sein; ich will den alten Nep nicht schlagen. Der arme Papa liebt ihn so; ist er sehr krank? Kann ich ihn nicht sehen, Mama?“  
„Später darfst du ihn sehen, wenn der Doktor fort ist.“

\* Nachdruck verboten.

„Ich will den alten Nep heraufrufen,“ flüsterte er; „vielleicht möchte ihn Papa gerne sehen.“  
Er hatte kaum das Zimmer verlassen, als ich durch den alten Johann in meines Satten Zimmer gerufen wurde. Der Arzt zog mich auf die Seite.  
„Ihr Gemahl ist sehr krank, Lady Barry,“ sprach er sehr bestimmt; „jedoch ich hoffe, daß wir mit großer Sorgfalt seine Gesundheit, wenn auch nicht vollständig — denn das liegt nicht in unserer Macht — so doch theilweise herstellen können, in welchem Falle ich Ihnen sofortige Luftveränderung durch eine Reise nach dem Süden von Frankreich anrathen würde.“  
„Sie geben mir also doch ein wenig Hoffnung?“ athmete ich schmerzlich bewegt auf.  
„Ich gebe Ihnen alle Hoffnung, Lady Barry,“ antwortete er rasch. „Er ist sehr leidend; doch in dem milden Klima des südlichen Frankreich kann er noch Jahre lang leben.“  
„O danke, danke!“ rief ich in tiefgeföhlerter Dankbarkeit aus, „danke für diese beseligenden Worte!“  
„Der Arzt verspricht mir Besserung,“ sagte mein Gatte plötzlich, „wenn wir in dein liebes Frankreich gehen.“  
Ich war erstaunt, ihn so munter sprechen zu hören.  
„Ich bin sicher,“ sagte der Arzt mit leiser Stimme zu mir, „daß Sir Basil außer seiner Krankheit noch etwas auf dem Herzen hat. Ich frage nicht was; das geht mich nichts an; es ist mir genug, zu wissen, daß dies der Fall ist. Ich rathe Ihnen, Lady Barry, mit ihm, wenn er wieder wohlher ist, von Ort zu Ort zu reisen, ihn so wenig wie möglich hier im Hause zu lassen.“  
„Sie müssen sich auf Ihrem Wege nach dem Süden in Paris aufhalten, Sir Basil,“ fügte er, sich an meinen Gemahl wendend, hinzu. „Sie werden seit dem Kriege merkwürdige Veränderungen dort finden, und vielleicht werde ich es möglich

machen, Sie auf einen oder zwei Tage dort zu treffen.“  
Paris! nach Paris gehen! Noch einmal den herrlichen Ort meiner Jugendtage sehen! Vor einem Jahre hätte ich gezittert bei dem Gedanken, Paris zu besuchen. Doch seit dem Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und Deutschland hatte ich nicht wieder von meinem Vater gehört. Ich hatte daher allen Grund, zu glauben, daß er inmitten der Schrecken der Belagerung umgekommen war; und jetzt, befreit von der Furcht, ihm zu begegnen, fühlte ich, daß ich die alte Heimath meiner Tante und die trauten Plätze, wo ich meine Jugendzeit so glücklich mit ihr verbrachte, gerne wieder sehen möchte.  
„Meine Frau ist in Paris erzogen worden, Dorn,“ sagte Sir Basil wieder mit schwacher Stimme. „Für sie wird es sein, als ob sie heimgehe.“  
„Ja, in der That,“ sagte ich, „und doch wird es traurig sein, so viele von den alten bekannten Plätzen vernichtet zu sehen. Ich kannte Paris in den Tagen seines Glückes, Herr Doktor.“  
„Unter Napoleon dem Dritten,“ sagte der alte Arzt mit einiger Begeisterung. „Ja, ja, unter der Herrschaft der Familie Bonaparte hat Frankreich seine besten und größten Tage gesehen.“  
„Ich stimme Ihnen bei,“ sagte ich warm, „und wäre ich ein Franzose, dann würde ich meinen letzten Blutstropfen geben, um Louis Napoleon wieder auf den kaiserlichen Thron zu setzen.“  
D. Dorn lächelte über meine Begeisterung.  
„Es gibt keine echten Franzosen mehr,“ sagte er. „Das Frankreich von 1871 ist nicht das Frankreich vom Jahr 1810. Aber meine Zeit ist gekommen, Lady Barry; ich darf nicht länger bleiben, um über Politik zu sprechen.“  
Nach einigen weiteren Anordnungen in Betreff des Patienten verabschiedete sich der Arzt mit dem Versprechen, in drei Tagen wiederzukommen.

(Fortsetzung folgt.)

mus Klage, wolle man hier wieder ein neues Parlament schaffen, freilich ein solches, welches dem Reichskanzler sehr angenehm sei, weil es wenig Opposition mache. Er nehme überhaupt in den neuesten Gesetzesvorlagen die Tendenz wahr, auch die veraltetsten Institutionen anderer Länder auf Deutschland zu übertragen, der Volkswirtschafts-Rath sei einer Einrichtung aus der schlimmsten Zeit des französischen Absolutismus entlehnt. Die Protokolle des preussischen Volkswirtschafts-Raths beweisen, daß dort weniger Sachkunde vorhanden sei, als im Reichstage. Der Zweck der Institution könne nur sein, den Reichstag in wirtschaftlichen Fragen lahm zu legen. Es wäre ein Akt der Selbstverleumdung, wenn der Reichstag für eine solche Institution Geld, und insbesondere Diäten für die Mitglieder des Volkswirtschaftsrathes genehmigen wollte. (Beifall links.)

Staatsminister v. Bötticher bestritt mit Nachdruck, daß der Schaffung des Volkswirtschaftsrathes irgend eine politische Absicht, die gegen den Reichstag sich richte, zu Grunde liege. Es handle sich nur darum, für die sorgfältigere Vorbereitung der wirtschaftlichen Vorlagen eine sachverständige beratende Körperschaft zu schaffen. Daß man die Mitglieder für ihre beratende Thätigkeit durch Diäten entschädigen müsse, sei ganz selbstverständlich. Der deutsche Volkswirtschaftsrath würde dadurch gebildet werden, daß man zu dem preussischen Volkswirtschaftsrath eine entsprechende Anzahl Mitglieder aus den andern Staaten einberufe. Im Ganzen würde derselbe aus 125 Mitgliedern bestehen, von denen auf Preußen 75 Mitglieder, auf Bayern 15, auf Sachsen 8, auf Württemberg 6, auf Baden 4, auf Hessen 3, auf beide Mecklenburg 2, auf Oldenburg 1, auf die kleineren Staaten in gewissen Gruppen je ein Mitglied entfallen. Der Redner suchte hierauf nachzuweisen, daß der preussische Volkswirtschaftsrath sich bewährt habe.

Abg. Kentsch sprach sich für die Schaffung des Volkswirtschaftsrathes und die Bewilligung von Diäten aus. Abg. Löwe (Berlin) bezeichnet den neu zu errichtenden Volkswirtschaftsrath als ein der Regierung und den gegenwärtigen Zeitströmungen abhängiges Kollegium. Ein freies maßgebendes Urtheil abzugeben sei derselbe demnach nicht im Stande. Auch habe man doch wahrhaftig schon genug sachverständige Kollegien, die man befragen und mit deren Hilfe man Enquêtes anstellen könne. Der Reichskanzler allein werde durch den Volkswirtschaftsrath an Macht zunehmen. Er bitte deshalb um Ablehnung der betreffenden Etatsposition.

Staatsminister v. Bötticher erwidert dem Vorredner, daß diese Institution nicht dazu dienen solle, die Regierung mächtiger, sondern klüger zu machen. Eine Enquete reiche nicht in allen Fällen aus. Er möchte nur an den Vorredner die Frage richten, wie er sich etwa die Zusammensetzung einer Sachverständigen-Kommission denke zur Beratung des Unfallversicherungs-Gesetzes. Es sei ganz unmöglich, mit einer gewöhnlichen Kommission auszukommen.

Abg. Dr. Braun (Glogau) beschwert sich darüber, daß keine Motive für eine solche neue Einrichtung mitgetheilt seien. Wenn die Sache an und für sich gut wäre, warum führe man sie nicht auf dem Wege des Gesetzes ein? Auf der Bahn, neue Organisationen im Wege des Budgets zu konstituieren, sollte man nicht fortfahren. Könnte der Reichstag die wahren Bedürfnisse des Volkes nicht befriedigen, so könne er ja nach Hause gehen. Man dürfe nicht zugeben, daß sich jeder Minister sein Resortparlamenten schaffe, und müsse, um ein besseres Urtheil über die Sache zu erhalten, die Vorlage bis zum nächsten Jahre zurücklegen.

Abg. Stumm spricht sich für die Position namentlich mit Rücksicht darauf aus, daß in Preußen eine solche Institution schon besteht.

Abg. Dr. Windthorst hat sehr ernste Bedenken gegen die Vorlage. Die ganze Institution komme ihm so vor, wie eine Sektion im Staatsrath, nur halte er es nicht für zulässig, daß eine solche ohne weiteres eingeführt werde. Er erklärte, daß er heute nur für die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern stimmen werde.

Die Diskussion wird geschlossen und die Position an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt Kapitel 7a. und 13 (Patentamt 94,200 M.). Die Position wird bewilligt. — Ebenso werden alle übrigen Positionen des Nachtrags Etats genehmigt. Desgleichen das Nachtrags-etats-Gesetz.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. Tagesordnung: Petitionen und Anträge, darunter der Antrag Barnhäuser in Betreff des Unterstufensubstanzes und die Anträge Richter und Ausfeld bezüglich der Verlegung der Zollgrenze nach der Unterelbe. Schluß 4 1/2 Uhr.

Berlin, 24. Mai. Ueber die gestrige Abendgesellschaft beim Reichskanzler wird der „Köln. Ztg.“ berichtet, daß dieselbe von etwa 60 Gästen besucht war, welche nicht ausschließlich, aber doch vorwiegend dem Reichstage angehörten. Besonders stark waren die Freikonserverativen vertreten, während „die Gruppe“ nahezu vollständig, darunter auch Hr. v. Schaub, anwesend war; von den Nationalliberalen waren die Herren Dr. Gneist und Laporte zugegen; von den Freikonserverativen u. A. Graf Franckenberg, v. Kardorff, Stumm; von den Deutschkonserverativen Dr. v. Sebentz, Frhr. v. Marschall u. i. w. Von den Ministerkollegen des Reichskanzlers waren die zugleich als Abgeordnete zählenden Herren v. Puttamer und Dr. Lucius sichtbar. Bayern war durch seinen Gesandten Graf v. Lerchenfeld sowie durch verschiedene hieher kommandirte Obersten vertreten, welche durch ihre hellblauen Uniformen eine erfreuliche Abwechslung in die schwarzen Fräcke und weißen Halsbinden brachten. Aus den wie gewöhnlich gut gelaunten Gesprächen des Reichskanzlers mit den anwesenden Parlamentariern berichtet man unter Anderm die ausdrückliche Bestätigung dafür, daß dem Reichskanzler das Unfallversicherungs-Gesetz ohne Staatszuschuß unannehmbar ist, während er an der Frage, Reichsanstalt oder Staatsanstalt, kühl vorübergeht. Auch in dem gegenwärtigen Stadium der Vorlage hofft er auf das Verständniß der Arbeiter für seine guten Absichten. Bezüglich der Einberufungszeit des Reichstags ließ Fürst Bismarck die Andeutung fallen, daß er dem Kaiser vorschlagen werde, den Reichstag jeweils im Dezember zu versammeln; zusammen mit einer Vertagung des Etats-jahrs in Preußen würde dies eine vielseitig erwünschte Lösung der jetzigen Schwierigkeiten sein. Der Reichskanzler schien auf eine große Verlängerung der Session wenig Gewicht zu legen. Schließlich mag noch bemerkt werden, daß kein Mitglied des Centrums in der Abendgesellschaft, welche gegen 1 Uhr zu Ende ging, anwesend war. Im Ganzen erschienen die Soirée als eine Ergänzung der neuartigen großen parlamentarischen Dinners, im Unterschiede von sogenannten parlamentarischen Abenden, zu welchen Einladungen in viel weiterem Umfange zu ergehen pflegen.

± Aus Elsaß-Lothringen, 24. Mai. Im Laufe dieses Sommers wird das Eisenbahn-Netz Elsaß-Lothringens

durch Eröffnung der Linie Dienze-Bensdorf-Metz eine abermalige Bervollständigung erhalten. Diese Linie bringt einen Theil Lothringens, der bisher nur mit Frankreich in Bahnverbindung stand, in direkte Verbindung mit der Bezirks-Hauptstadt. Da dieselbe bei Deutsch-Wissembourg, also dicht an der französischen Grenze in die Linie Saarburg-Lunewille einmündet, so dürfte ihr im Kriege eine nicht zu unterschätzende Aufgabe zufallen. Nicht uninteressant ist es, daß ein Theil des zum Bahnbau verwandten Baumaterials von der Festung Marsal herrührt, welche bekanntlich am 15. Aug. 1870 von der 4. bayrischen Division auf ihrem Vormarsche gegen Lunewille nach einstündiger Beschießung eingenommen und später geschleift wurde.

Vom 11. bis einschließlich 18. September d. J. findet in Straßburg auf dem Kaiserplatz eine elsass-lothringische landwirtschaftliche Ausstellung statt, welche alle in das Gebiet der Landwirtschaft gehörigen Thiere, Bodenerzeugnisse, Fabrikate, Maschinen und Geräthe umfaßt. An der Ausstellung können sich Aussteller aller Länder betheiligen. Während für Aussteller aus Elsaß-Lothringen Geldprämiën ausgesetzt werden, sind für Aussteller anderer Länder Medaillen und Diplome vorgesehen. An elsass-lothringische Aussteller kommen zur Verteilung für Pferde 12,000 M., Rindvieh 15,800 M., Schweine 3000 M., Schafe 1170 M., Ziegen 830 M., Kaninchen 250 M., Geflügel 750 M., Fische 500 M., Bienen 400 M. und Seidenpinner 200 M.; demnach Geldpreise im Gesamtbetrage von 34,900 Mark. Für die ausgestellten Gegenstände aus dem Pflanzenreich, sowie Fabrikate, ferner Lehrmittel, Maschinen, Geräthe und Wägen ist eine reichliche Anzahl von in Gold, Silber und Bronze hergestellten Medaillen, sowie in künstlerischer Ausstattung ausgeführten Diplomen vorgesehen. Alle zur Ausstellung bestimmten Thiere und Gegenstände müssen spätestens bis zum 15. Juli bei dem Generalsekretär der Ausstellung, Hrn. Dr. H. Vogel in Straßburg, angemeldet und frei eingeliefert werden. Mit der Ausstellung wird eine Verlosung verbunden sein, wobei 100,000 Lose zu 1 M. zur Ausgabe gelangen. Alle Gewinne werden in der Ausstellung angekauft werden.

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 24. Mai. (Zrf. Ztg.) Die Regierung wird nächster Tage eine Vorlage einbringen betreffend die Beibehaltung der gegenwärtigen Appretur zölle bis Ende 1881. Dann soll, wie der Motivbericht in Aussicht stellt, eine weitere Einschränkung mit successiver Aufhebung des Appreturverkehrs eintreten.

### Frankreich.

Paris, 23. Mai. Der Senat wird Mittwoch den französisch-tunesischen Vertrag beraten. — Deputirtenkammer. Rouveyre befragte die Regierung über ihre Absichten bezüglich des Einfuhrverbots von gefalzenem Schweinefleisch. Tirard erwiderte, die Untersuchungskommission in Havre konstatire fortwährend trichinöses Fleisch. Die Regierung müsse Maßregeln zum Schutze der öffentlichen Gesundheit treffen. Die Aufhebung des Einfuhrverbots sei unmöglich, bevor der Dienst der Fleischuntersuchung vollständig organisiert sei.

Grey wurde, wie der „Zrf. Ztg.“ berichtet wird, von angesehenen Senatoren über seine Meinung betreffs der Wahlreform befragt, verhielt sich jedoch vollkommen neutral. — Die Araber vertrieben die französischen Beamten des Enfidaguts, besetzten dasselbe und verwundeten mehrere Personen. Der Enfidagut beunruhigt hier, da man englische Umtriebe hinter demselben erblickt.

### Spanien.

In der Verwaltung des spanischen Schatzamts hat man wieder neue Betrugsversuche entdeckt. Wie der „Times“ aus Madrid berichtet wird, wurden der Schuldenverwaltung Scheine zur Einlösung geboten, deren Summen durch Hinzufügung mehrerer Zifferstellen ganz erheblich gefälscht waren. Die Entdeckung führte zur Verhaftung mehrerer Personen, unter denen sich auch Beamte der Schuldenverwaltung sowie bekannte Börsemänner befinden. Die Verhaftungen, welche so kurz nach der energischen Reform des neuen Finanzministers erfolgten, haben begreiflicher Weise großes Aufsehen erregt. Die spanischen Blätter rühmen Camacho's Entschlossenheit.

### Großbritannien.

London, 24. Mai. Unterhaus. Gladstone antwortet Whitwort, es sei keine unmittelbare Aussicht vorhanden, daß die Zinsen auf Konjols reduziert würden. Er erklärt ferner, die Einkünfte von Cypern hätten sich nicht nur nicht vermehrt, sondern es sei noch ein Kredit erforderlich, um den Ausfall zu decken. Dilke erklärt, zwischen der englischen und italienischen Regierung hätte keine Korrespondenz über Tripolis stattgefunden und er besitze keine Information darüber, daß Deutschland seine Vermittelung zwischen der Pforte und Frankreich offerirt hätte.

Das Unterhaus berieht Macarthy's Tadelsvotum gegen die Regierung wegen Verhaftung Dillon's, des katholischen Geistlichen Sheehy und anderer Maßregeln, welche ein Mißbrauch des Ausnahmegesetzes seien. Forster verteidigte sein Vorgehen, das absolut nötig gewesen, um die Ordnung herzustellen. Die Regierung sei fest entschlossen, ohne Ansehen der Person auf dem betretenen Wege zu verharren, um die bestehende Verschönerung gegen das Gesetz zu unterdrücken. Die Debatte wird schließlich vertagt.

Oberhaus. Granville theilte mit, die Konvention zwischen Griechenland und der Türkei sei heute Nachmittag unterzeichnet worden.

### Rußland.

St. Petersburg, 23. Mai. Ein Dekret des Kaisers vom 18. Mai ordnet die Einverleibung des Tekturkmenen-Gebiets unter dem Namen des transkaspischen Gebietes an und unterstellt dasselbe der Administration der kaukasischen Statthaltschaft.

Bei der Audienz, welche der Kaiser den Vertretern der Petersburger jüdischen Gemeinde, Baron Günzburg, Bankiers Sack und Passow in Gatschina gewährte, sagte

Baron Günzburg: „Wir schätzen uns glücklich, Ew. Majestät Namens der israelitischen Unterthanen die Gefühle der Loyalität, Ergebenheit und Dankbarkeit für die zum Schutze der Israeliten getroffenen Maßnahmen darzubringen. Ein Wort von Ew. Majestät wird alle Beunruhigungen zerstreuen. Wir sind überzeugt, daß Ew. Majestät alle ihre Unterthanen mit derselben Gnade und Liebe ohne Unterschied der Rasse und Religion umfassen.“ Der Kaiser erwiderte: daß er sie wohl verstanden, und daß Unterschiede für ihn in Bezug auf treue Unterthanen ihrer Religion und ihrer Rasse wegen nicht existirten. Die Juden hätten unglücklicher Weise den Vorwand für die Unruhestörungen im Süden abgegeben. Man müsse in dieser Hinsicht jedoch berücksichtigen, daß dort spezielle ökonomische Zustände die Ausbreitung der Bauern durch die Juden ermöglichen. Hierauf wies ein Mitglied der Deputation auf den Umstand hin, daß die vorhandenen Uebel eine Folge der Eingrenzung der Juden auf bestimmte Punkte des Reiches seien. Die Juden, die vorwiegend Gewerbetreibende seien, fanden bei den armen Bauern keine Gelegenheit zu anderer Gewerbsthätigkeit als zum Betriebe der Schankwirtschaft. Die Israeliten hofften, daß diese Eingrenzung der Juden beseitigt werden würde. Der Kaiser erkannte an, daß in dem Gesagten viel Wahres liege, und sprach den Wunsch aus, daß die geäußerten Anschauungen in einem Memorandum dem Minister des Inneren dargelegt würden. Die Aufnahme der Deputation war von Anfang bis Ende eine überaus gnadenvolle.

### Bulgarien.

Ueber die Zustände in Bulgarien meldet der Bukarest Korrespondent der „N. Fr. Pr.“: Die bulgarische Regierung hat den gewesenen Minister Karamelow verhaftet und vier Generale zu außerordentlichen Kommissären ernannt. Ruzhich, Widdin, Tirnova und Sophia sind in Belagerungszustand erklärt. Allen Privatpersonen ist die telegraphische Korrespondenz verboten. Es herrscht große Aufregung in allen Städten, besonders in Tirnova.

### Nordamerika.

Washington, 20. Mai. Der Senat hat sich heute vertagt, wahrscheinlich bis zum ersten Montag im Dezember. Vorher hatte derselbe noch die Ernennung von Lewis Wallace zum Gesandten in Konstantinopel bestätigt und diejenige des William C. Chandler zum Solicitor-general verworfen. — Es heißt, daß Conkling sich gar nicht mehr um das Mandat eines Senators für den Staat New-York bewerben will, da er eine Niederlage in der Legislatur voraussetzt. Öffentlich bestätigt sich diese Nachricht. Mittlerweile hat die Mehrheit in der Legislatur, um zu beweisen, daß sie die Partei Congkling's nicht vernichten will, mehrere Staatsämter mit Freunden des besiegten „Staatsmannes“ besetzt.

Die Blätter veröffentlichen einen an den Senator Jones gerichteten, telegraphisch übermittelten Brief General Grant's vom 18. d. M., in welchem dieser entschieden für Conkling und gegen den Präsidenten Garfield Partei ergreift. Das Schreiben ist nur insoweit interessant, als es beweist, daß der Präsident durch die Ernennung Robertson's zum Golddirektor von New-York einen schlan angelegten Plan der Garantien zur Wiederaufstellung ihres Abgottes als Präsidentschaftskandidaten für 1884 schon im Beginne zertrütert hat. — Garfield hat den Senator Bruce aus Mississippi (einen Farbigen) zum Registrar des Schatzamts ernannt. — Amtlichen Ausweisen zufolge langten in den Ver. Staaten im vergangenen Monat 95,000 Einwanderer an.

### Badische Chronik.

Karlsruhe, 25. Mai. Das „Gesetzes- und Verordnungsblatt“ Nr. 14 von heute enthält: 1. Landesherrliche Verordnung: Die Vorbereitung zu dem öffentlichen Dienste eines wissenschaftlich gebildeten Lehrers an den Mittelschulen.

II. Verordnungen und Bekanntmachungen 1) des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts: die Prüfung und Anstellung der Reallehrer betreffend; 2) des Ministeriums des Innern: die Beaufsichtigung des Hausverkehrs mit Vieh betreffend; 3) des Finanzministeriums: das Bahnpolizei-Reglement für die Eisenbahnen Deutschlands betreffend.

\* Karlsruhe, 25. Mai. Es wird in Folge wiederholter von den Gerichten abgeurtheilter Fälle von Uebertretung gegen das Reichs-Postgesetz in Erinnerung gebracht, daß es nach diesem Gesetze verboten ist, gewisse Sachen gegen Bezahlung von Orten mit einer Postanstalt nach anderen Orten mit einer Postanstalt auf andere Weise, als durch die Post zu befördern, den Fall des eigenen Expressen ausgenommen. Es sind dies: alle Zeitungen politischen Inhalts, welcher öfter als einmal wöchentlich erscheinen, über den zweimaligen Umkreis ihres Ursprungsortes hinaus, und alle versiegelten, ungenährten oder sonst verschlossenen Briefe. — Zu versiegelten, ungenährten oder sonst verschlossenen Paketen (Kolln), welche nicht mit der Post befördert werden, dürfen den Inhalt des Pakets betreffende unverschlossene Briefe, Fakturen, Rechnungen, Preislisten und ähnliche Schriftstücke eingeschlossen werden, nicht aber andere Briefe, seien diese unverschlossen oder versiegelt, ungenährt oder sonst verschlossen.

p. Karlsruhe, 24. Mai. Der Anmeldetermin für die 24. allgemeine deutsche Lehrerversammlung vom 7. bis 9. Juni hier ist verlängert bis Samstag den 28. Mai. Dieser Termin gilt jedoch nur für solche Teilnehmer, welche auf sichere Unterkunft (Freiquartier oder billige Wohnung, die in mehr als ausreichender Weise vorhanden sind) rechnen. Mitgliedsarten (3 Mark), welche für jeden Teilnehmer an den Versammlungen und allen Festlichkeiten unbedingt notwendig sind, werden auch nach dieser Zeit durch Hrn. Rektor Specht hier verabsolgt. Das Festprogramm ist folgendes: Am 6. Juni, Abends 8 Uhr, Vorversammlung; am 7. Juni, Morgens 9 Uhr, 1. Hauptversammlung in der Festhalle; 4 Uhr, gemeinsames Festessen zu 3 M. mit Wein; 7 Uhr, Festvorstellung im Groß. Posttheater; am 8. Juni, Morgens 9 1/2 Uhr, 2. Hauptversammlung; Mittags: Besichtigung der hiesigen Sammlungen und Ausstellungen; Turnvorführungen von Knaben- und Mäd-

denklosen in der Central-Turnhalle; Abends; Konzert, Bantel, Befragung des Stadtpartrien; am 9. Juni, Morgens 9 1/2 Uhr, 3. Hauptversammlung. Die Sektionsitzungen werden am 8. und 9. Juni von 7-9 Uhr Morgens stattfinden; Mittags: Festfahrt nach Baden, Konzert daselbst.

Diejenigen Teilnehmer an der Versammlung, welche Quartier oder ein bezahltes Quartier in einem Gasthause bestellt haben, können die Wohnungskarte und Tischkarte gegen Einzahlung einer 5-Pfennigmarke an Hrn. Fabrikant Aug. Kuh hier franco durch die Post erhalten.

F. Karlsruhe, 25. Mai. Seit unserer letzten Mittheilung haben 25 weitere mit Gemeinbedürfnisse versehenen Sparkassen die staatliche Genehmigung ihrer auf Grund des Sparkassengesetzes neu bearbeiteten Satzungen erhalten. Es sind dies die Sparkassen in Altenheim, Bergshausen, Breisach, Bruchsal, Bühl, Gengenbach, Gernsbach (Bezirksparthasse), Grünwettersbach, Heidelberg, Jöhlingen, Kenzingen, Mannheim, Neustadt (Bezirksparthasse), Oberkirch, Oppenau, Pfullendorf (Bezirksparthasse), Radolfzell, Rheinbischhofshausen, Schopfheim, Schutterwald (Bezirksparthasse), Schweigenen, Waldkirch, Wertheim, Willstätt und Wolfach. Die Gesamtzahl der Gemeinbedürfnisse, welche bis jetzt die Genehmigung ihrer neuen Satzungen erlangt haben, ist 57.

Mannheim, 23. Mai. Der Erbauer der Pirmasenser Wasserleitung, Ingenieur Adolf Lindemann, hat das Projekt einer Wasserleitung ausgearbeitet, wodurch den in der Rheinebene liegenden Städten Landau, Speyer, Ludwigshafen, Mannheim, Frankenthal und Worms, die nicht durch ihr gutes Wasser berühmt sind, gutes, frisches Wasser zugeführt werden soll. Die Quellen, welche er dazu benutzen will, liegen in dem sog. Münchweiler Tunnel der Eisenbahn Landau-Zweibrücken; das Wasser, aus Sandstein kommend, ist gut und frisch; die Länge der Leitung würde bis Ludwigshafen, bezw. Mannheim etwa 130 Kilometer betragen. Zunächst ist Hr. Lindemann mit den Stadträthen von Landau, Speyer und Ludwigshafen in Verhandlung getreten; es dürfte aber wohl keinem Zweifel unterliegen, daß auch die anderen Städte, Bedenken überwindend, zugreifen. Der Vorschlag für sie liegt auf platter Hand, da Hr. Lindemann keine Geldunterstützung verlangt, sondern das Projekt auf eigenes Risiko mit Hilfe einer Aktiengesellschaft ausführen will und von den Städten nur die Konzession für die Anlage und die Zustimmung verlangt, daß sie das Wasser für den Bedarf der Gemeindeforporation (s. B. Straßenpflaster, Wasser in Schulhäusern u. dgl.) gegen mäßigen Entgelt aus der Wasserleitung nehmen. Privatens würde er 1000 Liter zu 15 Pf. liefern. Fabriken billiger.

Schweigenen, 23. Mai. Mit dem Projekte, für die eine der beiden hier garnisonirenden Eskadronen, welche seitler in dem einen Zirkelhaufe des Groß-Schlosses untergebracht war, auf dem von der Stadtgemeinde zur Verfügung gestellten Plage eine neue Kaserne zu bauen, scheint es, nach dem „Schw. W.“, Ernst zu werden. Pläne und Vorschläge seien bereits fertig gestellt und man erwarte den Beginn des Baues in nächster Zeit.

Aus Baden, 24. Mai. In Hügelheim wurde bei der evangel. Pfarrwahl am 19. d. M. Herr Pfarrer Ahles von Holsen gewählt.

In Baden tagte am 22. d. M. der Badische Techniker-Verein im großen Rathhause unter Vorsitz des Herrn Professors Baurath Baummeister von Karlsruhe. Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, fand ein gemeinsames Mittagsmahl im „Petersburger Hof“ statt. Nachmittags begaben sich die Herren auf das alte Schloß und verließen mit den Abendglocken wieder unsere Stadt. Die nächste Versammlung findet in Karlsruhe statt.

Aus Pforzheim berichtet der „P. B.“: Besondere Mißgeschick mit dem Personal und ungenügender Besuch der Vorstellungen haben die Direktion der Obergesellschaft veranlaßt, keine weiteren Vorstellungen mehr zu geben und den Wanderstab zu ergreifen.

In Heiningen, Amt Emmendingen, trug sich bei der am 21. d. M. stattgehabten Bürgermeistereiwahl ein schweres Unglück zu. Bei dem Schießen aus Böllern zerbrach ein solcher, in Folge dessen ein Mann sofort getödtet wurde und zwei Leute schwere Verletzungen erlitten.

Waldkirch, 23. Mai. Wie aus den meisten Gegenden des Landes der Stand der Reben, Obstbäume u. als ein sehr günstiger bezeichnet wurde, so wird uns dasselbe heute auch vom oberen Elzthale berichtet. Nicht nur die Weinberge, sondern auch die Obstbäume und Saatküchte berechnen hier bei der nun wieder eingetretenen warmen Witterung zu den schönsten Hoffnungen.

Die Sparkasse Stodach besitzt nach dem Rechenschaftsberichte für das Jahr 1880 ein Vermögen von 1,232,958 M., worunter 55,938 M. Reservefond. An Spareinlagen gingen im Verlaufe des Jahres 367,106 M. zu, während nur 201,501 M. zurückgezogen wurden. An Spareinlagen verblieben auf Jahreschluß 1,176,730 M.

Eugen, 23. Mai. Unsere Obstbäume haben bis jetzt in bester Weise verblüht, nur die Spätkorten stehen noch in herrlichem Flor, alle aber, besonders Äpfel- und Birnbäume, zeigen einen so gesunden, kräftigen Ansat, der auf eine reiche Obsternte Hoffnung gibt; dagegen steht es mit den Feldern und Wiesen nicht so hoffnungsvoll aus, besonders die Futterpflanzen wollen nicht vorwärts, da der so nöthig gewordene Regen immer noch ausbleibt; zwar hatten wir am Freitag und Samstag einige Niederschläge, doch so geringe, daß der fast fortwährend herrschende Nordostwind solche schon gestern wieder vollständig aufsaugte. Eigentliche Nachfröste hatten wir in den letzten Wochen glücklicher Weise nicht zu verzeichnen.

Heberlingen, 20. Mai. Nach endgültigem Beschlusse unseres landwirthschaftlichen Bezirksvereins wird das diesjährige Gaufest des Seegau-Verbandes Heberlingen-Mersburg-Salem am Montag, den 3. Oktober d. J., dahier abgehalten werden. Zur Viehaustellung ist der Viehmarkt in Aussicht genommen, während die preiswürdigen Thiere am Landungsplatz ausgestellt werden; die Obst- und Gemüseaussstellung soll in der Turnhalle stattfinden, für Aufnahme der landwirthschaftlichen Geräthe und Maschinen ist das Grethhaus mit Grethhalle bestimmt. Zur Prämierung des Viehes ist die Summe von 900 M. von der Centralstraße des landw. Vereins ausgenommen. — Gestern Abend entlud sich über unsere Landschaft ein Gewitter mit warmem Regen, der dem Wachsthum der Pflanzen überaus förderlich war. (Seeb.)

Vermischte Nachrichten.

Mühlhausen, 22. Mai. Vorgefunden ist in dem botanischen Garten hier die Gartenbau-Ausstellung für's Publikum eröffnet worden, nachdem dieselbe Tags zuvor nur den Mitgliedern des Vereins zugänglich war. Die Ausstellung muß man als in jeder Hinsicht sehr gelungen bezeichnen, denn was könnte es Schöneres geben, als diese Blumenausstellung im Freien, unter dem

Schutz schattiger Bäume eines Parks. Nicht die duftenden Blumen sind es indeß, die jetzt die Mode pflegt, sie ziehen sich bescheiden in den Hintergrund zurück, während farbenprächtige Blumen einerseits und Blattpflanzen oder Strauchpflanzen andererseits in den Vordergrund treten. So sehen wir vor Allem eine auffallende Menge Azalien in allen Farben und Mianzen, auch Pelargonien und doppelte Geranien, aber nur wenig Rosen. Doch stehen wir bewundernd vor den wenigen Rosen da, die uns ein Gärtner in den verschiedensten und vollkommensten Sorten bietet, während ein Kriest ganz mit rosenrothen Monatsrosen angefüllt ist. Die Aussteller sind mit wenigen Ausnahmen nur Mühlhäuser Gärtner oder solche bei hiesigen Herrschaften angestellte, was indeß nicht verhindert, daß die Ausstellung eine sehr reichhaltige ist. Auch frühe Gemüse sind in seltenen Exemplaren ausgestellt. Erdbeeren, Gartenmüchel und Geräte und dergl. Die Firma Preiser aus Lörrach ist mit Blumenstäben, Eisbetten, Bast zum Anbinden der Pflanzen u. s. w. vertreten, sie ist die einzige vom jenseits des Rheines.

Gestern Morgen hat sich ein Schüler der hiesigen Zeichenschule, der 19 Jahre alte Robert Küpfer, durch einen Revolver-schuß das Leben genommen. Lebensüberdruß soll der Beweggrund zu der That gewesen sein. Küpfer war geborener Elsässer, seine Eltern wohnen indeß in Barcelona, wo sein Vater Fabrik-director ist.

London, 25. Mai. Vom Ontariosee (Canada) wird gemeldet: Der Dampfer „Victoria“, auf welchem gestern 600 Personen einen Ausflug unternahmen, scheiterte auf der Rückfahrt; 175 Personen ertranken.

Neueste Telegramme.

Berlin, 25. Mai. Reichstag. Minnigerode brachte seinen Antrag ein, in Erwägung zu ziehen, daß es der Stellung des Reichstags nicht entspricht, den Versuch zu machen, durch eine Beschlußfassung seinerseits die Entschlüsse des Bundesraths innerhalb dessen Zuständigkeit zu beeinflussen, über den Antrag Richter-Karsten betreffend Unterelbe zur Tagesordnung überzugehen.

Der Reichstag beriet den Antrag Barnbiller betreffend die Revision des Unterstütuungswohnstättengesetzes, sowie die dazu vorliegenden Anträge des Grafen Stolberg, Gerwig's, Streif's und Kiefer's und nahm den Antrag Schorlemer's, „sämmliche vorstehenden Anträge dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen“, an.

Es folgt die Berathung des Antrags Richter betreffend Einverleibung der Unterelbe in den Zollverein. Staatsminister Böttcher verliest eine Erklärung, worin Namens der verbündeten Regierungen die Unterstellung des Richter-Karsten'schen Antrags, daß der Bundesrath Beschlüsse fassen könnte, welche den Zweck verfolgten, Rechte einzelner Bundesstaaten zu verletzen, zurückweist und gegen den Versuch der Antragsteller, die Entschlüsse des Bundesrath, durch ihr Vorgehen zu beeinflussen, Verwahrung einlegt. „Der Bundesrath ist sich seiner Kompetenzen und seiner Pflicht wohl bewußt und hält es mit der Würde der von ihm vertretenen Regierungen nicht für vereinbar, sich an Verhandlungen über einen Antrag, wie der Richter'sche es ist, zu betheiligen.“ Der Bundesrath verläßt den Saal. (Sensation.)

Richter verteidigt seinen Antrag, Windthorst beantragt, die Erwartung auszusprechen, daß, bis zum Abschluß der zwischen dem Reich und Hamburg über den Zollanschluß schwebenden Verhandlungen, bezüglich der Zollvereins-Niederlage und des Hauptzollamts Hamburg keine Veränderungen vorgenommen werden. Wollffson tritt für den Ausfeld'schen Antrag ein. Die Debatte wird Johann auf Freitag, 11 Uhr, vertagt.

Berlin, 25. Mai. Den Meldungen gegenüber, daß die deutsche Regierung aufgefordert worden sei, in der tunesischen Angelegenheit eine Vermittelung zu übernehmen, ist die „Nordd. Allg. Ztg.“ in der Lage, zu erklären, daß von keiner Seite der deutschen Regierung ein derartiger Antrag gemacht wurde und daß ein etwaiger Antrag abgelehnt worden wäre.

Wien, 25. Mai. Im Abgeordnetenhaus wurde der deutsche Handelsvertrag eingebracht nebst einer Vorlage über die Aufrechterhaltung des Verkehrsverkehrs bis 31. Dezember 1881.

Paris, 25. Mai. Gambetta ist gestern Abend nach Cahors abgereist, wo er Vormittags um 10 Uhr eintrifft. Große Festlichkeiten sind vorbereitet; mehrere Reden werden erwartet. Dem „Evènement“ zufolge wurde in Montrouge eine Fabrik von Explosivstoffes entbedt; drei Personen wurden verhaftet.

Madrid, 25. Mai. Die Verordnung von 1875, wodurch Ruiz Zorrilla verbannt wurde, ist aufgehoben worden.

Sofia, 25. Mai. Ein Schreiben des Fürsten an den Ministerpräsidenten präzisiert in drei Artikeln die Vorschläge, welche der Fürst als für die Führung der Regierung unerlässlich erklärt. Die Nationalversammlung solle einfach wählen zwischen der Genehmigung der Artikel und seiner Ablehnung. Der Art. 1 verleiht dem Fürsten auf sieben Jahre außerordentliche Gewalten zur Einführung der neuen Institution eines Staatsraths, sowie zur Ausführung von Verbesserungen in allen Verwaltungszweigen. Artikel 2 suspendirt die gegenwärtige Session der Nationalversammlung; das schon votirte Budget hat auch für die Folge Gesetzeskraft. Artikel 3 ermächtigt den Fürsten, vor Ablauf der sieben Jahre eine große Nationalversammlung zur Revision der Verfassung nach Maßgabe der neugechaffenen Institutionen einzuberufen.

Großherzogth. Hoftheater.

Donnerstag, 26. Mai. 74. Abonnementsvorstellung. Neu einstudirt: Das Leben ein Traum, dramatisches Gedicht in 5 Akten von Calderon de la Barca. Für die deutsche Bühne bearbeitet von C. A. West. Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, 27. Mai. 14. Vorstellung außer Abonnement. (3. Gastspiel der Kammerängerin Fr. Bianchi.) Der Barbier von Sevilla, komische Oper in 2 Aufzügen. Musik von Rossini. „Rosine“: Fr. Bianchi. Anfang 7 1/2 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: F. Neßler in Karlsruhe.

Table with 7 columns: Beobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe, Wasserstand des Rheins, Max., 25. Mai, Morgens. Rows show data for 24. and 25. May.

Wetterbericht der Seewarte zu Hamburg vom 25. Mai, Morgens 8 Uhr.



Erklärung. Die den Initialen der Städtenamen beigefügten Zahlen geben die Temperaturgrade nach Celsius an; die am Ende der Curven (Isobaren) befindlichen Zahlen bezeichnen den reduzirten Barometerstand in Millimeter. Legend includes symbols for wind, rain, and other weather conditions.

Kraufurter telegraphische Kursberichte vom 25. Mai 1881.

Table of telegraphic exchange rates and prices for various commodities like gold, silver, and bonds across different locations like Frankfurt, Berlin, and Vienna.

Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Birth and death records from the Karlsruhe civil registry for May 22-24, 1881, listing names, dates, and parents.

Heberich der Witterung.

Das Depressionsgebiet im Westen hat an Tiefe etwas zugenommen, sonst hat sich die Wetterlage im Allgemeinen wenig verändert. Bei überall steigender Temperatur und trockenem, vielfach heiterem Wetter dauert über Centraluropa die schwache bis mäßige östliche Luftströmung fort.

